



LIEBE LESERINNEN UND LIEBE LESER,

der 1. Mai, der Internationale Tag der Arbeit, liegt erst ein paar Tage hinter uns. Doch die gewerkschaftlichen Forderungen sind heute so aktuell wie wohl noch nie. In dem Slogan „ungebrochen solidarisch“ steckt Aufruf und Hoffnung zugleich.

Und ja, die deutschen Gewerkschaften und der DGB als Dachorganisation werden ihren Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und gerechte Bezahlung immer fortsetzen – ob es den Arbeitgebern passt oder nicht.

Dass bei Streikmaßnahmen im Rahmen von Tarifaufinandersetzungen auch einmal Unbeteiligte in Mitleidenschaft geraten, haben

Weiter auf Seite 7



„LANDTAGSABGEORDNETE“ FÜR EINEN TAG IN HANNOVER

Was bedeutet es, Abgeordneter des Niedersächsischen Landtages zu sein? Dieser Frage konnten am Donnerstag vergangener Woche 105 Schülerinnen und Schüler aus ganz Niedersachsen in der SPD-Fraktion nachgehen.

Mit dabei waren auch zwei Schüler aus dem Wahlkreis 86 Aurich. Im Rahmen des Zukunftstages 2023 lernten sie die Arbeit von Wiard Siebels im Landtag von innen kennen.

„Junge Menschen haben mehr Interesse an politischen Themen, als es ihnen häufig zugesprochen wird. Ich habe mich daher sehr gefreut, den beiden Schülern aus meinem Wahlkreis die Arbeit im Landtag konkret vorstellen zu können“, so der Abgeordnete Wiard Siebels, der Jula Wechselberg und Thore Frerichs, beide aus der 12. Klasse des Gymnasiums Ulricianum in Aurich, persönlich in Hannover willkommen hieß.

Nach der Begrüßung durch den Fraktionsvorsitzenden Grant Hendrik Tonne konnten sie ihre Fragen an den jugendpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Marten Gäde, richten. Auch Ministerpräsident

Stephan Weil beantwortete Fragen der Schülerinnen und Schüler von der Legalisierung von Cannabis über das eigene politische Interesse bis hin zu Erfahrungen während seiner Schulzeit.

Danach teilten sich die Schülerinnen und Schüler in fünf Gruppen auf und erarbeiteten gemeinsam mit Abgeordneten politische Anträge. Ein besonderes Highlight stellte die schon traditionelle Abschlussdiskussion mit Abstimmung im Plenarsaal dar.





SPD-LANDTAGSFRAKTION HIELT EINE KLAUSURTAGUNG AUF NORDERNEY AB

Strand und Dünen prägen das Erscheinungsbild der zweitgrößten ostfriesischen Insel. Noch vor Ostern kam die Farbe Rot und vor allem eine große Portion sozialdemokratische Ideen für ein starkes Niedersachsen auf Norderney hinzu; denn die SPD Fraktion Niedersachsen traf sich auf der Insel zu ihrer ersten Klausurtagung seit der Landtagswahl im Herbst vergangenen Jahres.

Nach Grußworten von Aurichs Landrat Olaf Meinen und dem Bürgermeister der

Stadt Norderney, Frank Ulrichs, ging es zunächst um die politischen Schwerpunkte für die Arbeit der kommenden Wochen und Monate.

Ministerpräsident Stephan Weil machte deutlich, dass sich die Fraktion auch weiterhin darauf fokussieren werde, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen. Denn die SPD will Niedersachsen zum Pilotland der Energiewende und zu einem erfolgreichen, klimaneutralen Industriestandort machen.

Ein weiteres Thema war der Zustand der Demokratie in Niedersachsen; hierzu gab es einen Austausch mit Innenministerin Daniela Behrens, Justizministerin Dr. Kathrin Wahlmann sowie dem Vorsitzenden Richter am Hanseatischen Oberlandesgericht Bremen, Dr. Klaus-Dieter Schromek.

Ergebnis: Die Demokratie ist stark und wehrhaft, aber nicht selbstverständlich. Daher müsse Tendenzen der Radikalisierung und Delegitimierung des Staates entschlossen entgegengetreten werden. ■





ALLE JAHRE WIEDER - und nein, jetzt geht es nicht um Weihnachten! Das Osterfest nahmen der IG Metall Ostfriesland und der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels zum Anlass, sich der Bevölkerung mit geballter roter Macht auf dem Auricher Marktplatz zu präsentieren und an die Passanten rot bemalte Ostereier mit dem Gruß „Frohe Ostern“ und dem IGM-Logo zu verschenken.

NORDERNEYER ERKLÄRUNG SCHON UMGESETZT

Die Regierungsfractionen von SPD und Grünen haben sich auf eigene Schwerpunkte im Nachtragshaushalt 2023 geeinigt. Mit Wirkung zum 1. Juli werden die Zulagen für Polizisten, Feuerwehrleute und Justizvollzugsbeamte auf jeweils 180 Euro erhöht. Ab dem kommenden Schuljahr gilt zudem aufsteigend die komplette Schulgeldfreiheit (Kosten: 1,3 Mio. Euro). Weitere Punkte sind zusätzliche Stellen für pädagogische Fachkräfte in Schulen (rund 3,5 Mio. Euro) und das Angebot von kostenlosem Schulobst (Kosten: 2,5 Mio. Euro). „Die Erhöhung der Zulagen für Polizei, Feuerwehr und Justiz

würdigt die herausragende Arbeit, die sie jeden Tag für unsere Gesellschaft leisten, sagt Wiard Siebels, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion. „Ich freue mich, dass wir über diese Forderung aus der Norderneyer Erklärung so schnell eine Einigung erzielen konnten. Gerade auch vor dem Hintergrund der steigenden Zahl von Übergriffen auf Sicherheits- und Rettungskräfte ist die Zulagenerhöhung ein wichtiger Schritt.“ Insgesamt würden im Nachtrag für die zweite Jahreshälfte rund 8 Mio. Euro für die Anpassung der Polizeizulage, Feuerwehrzulage und Justizvollzugszulage bereitgestellt.

„Wir bringen die Inklusion an den Schulen weiter voran. Einen bedeutenden Beitrag dazu leisten pädagogische Fachkräfte, die die Lehrkräfte im Schulalltag entlasten und für Schüler und Schülerinnen Förderangebote schaffen“, sagt Siebels. „Es ist ein großer Erfolg, dass wir nun Mittel für rund 100 neue Stellen schaffen oder bisherige Teilzeitstellen aufstocken können.“ Die beschlossenen Maßnahmen summieren sich auf rund 15 Mio. Euro für das laufende Jahr und sind Teil des 2. Nachtragsetats 2023. Er hat ein Volumen von 776 Mio. Euro und soll im Mai-Plenum verabschiedet werden.

Insbesondere für die Unterbringung sowie Versorgung ukrainischer Geflüchteter, die digitale Bildung, den Ausbau der erneuerbaren Energien sowie den Wohnungsbau sieht der Etatentwurf zusätzliche Mittel vor. Ein Großteil davon fließt direkt auch in die kommunalen Haushalte. Bereits im November 2022 hatte die rot-grüne Koalition nur drei Wochen nach Amtsantritt einen ersten Nachtragshaushalt in Höhe von 2,9 Mrd. Euro verabschiedet, der insbesondere ein 1-Milliardo-Euro-Sofortprogramm zur Bewältigung der Folgen des Ukrainekriegs umfasste.

JOHANN SCHOONE ist seit über 50 Jahren in der Gesellschaft ehrenamtlich tätig. In die SPD eingetreten ist er als 18-Jähriger am 15. November 1972. Im politischen Leben war, bzw. ist er als Genosse, als Ratsherr (dort bis vor kurzem auch als Fraktionsvorsitzender), im Ortsrat, als Ortsbürgermeister und neuerdings als Ratsvorsitzender aktiv. Dazu ist er Mitglied im SV Großefehn, bei der Sport ArGe und beim Kreissportbund. Für sein Lebenswerk wurde er jetzt mit der Willy-Brandt-Medaille ausgezeichnet. Unser Foto zeigt (v.l.) den Großefehner SPD-Vorsitzenden Alexander Ulrichs, den Landtagsabgeordneten Wiard Siebels, Landrat Olaf Meinen, das ehemalige Fraktionsmitglied Christa Schoone, Großefehns Bürgermeister Erwin Adams, den Geehrten Friede Schoone (mit Ehrenurkunde und Medaille) und den SPD-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Dirksen.



SIEBELS: PLATTDEUTSCH IST BEI UNS UNTERRICHTSSPRACHE

Der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels, selber ein Plattproter, freut sich über die erneute Auszeichnung von plattdeutschen und saterfriesischen Schulen in seinem Wahlkreis. Dabei wurde die Grundschule Waldschule Berumerfehn von Schulleiterin Heidi Rabenstein erstmals ausgezeichnet. Verlängerungen dieses begehrten Testats gab es für die Grundschule Rechtsupweg von Schulleiterin Isabell Grandek, für die Grundschule tom-Brook in Südbrookmerland von Schulleiterin Maren Köhler (unser Bild) und für die Grundschule Wallinghausen von Schulleiterin Christine Wiese. Plattdeutsch ist im Flächenland Niedersachsen also auch Unterrichtssprache. Mehr als 100 Modellschulen engagieren sich offiziell für die niederdeutsche Sprache in ihrer Region. Kultusministerin Julia Willie Hamburg hat in Hannover 16 Schulen als plattdeutsche oder saterfriesische Schule ausgezeichnet oder rezertifiziert. Mit diesem Prädikat würdigt das Land regelmäßig Schulen, die sich in besonderer Weise um die Region und die Sprachen Niederdeutsch und Saterfriesisch verdient gemacht haben. „Die Menschen in Niedersachsen können mehr als Hochdeutsch, und nicht ohne

Grund zählen Niederdeutsch und Saterfriesisch als Sprache zum kulturellen Erbe unseres Landes“, sagt dazu der Auricher Abgeordnete Wiard Siebels. Die jetzt gewürdigten Schulen seien ein „wichtiger Motor und Förderer dieser schönen, besonderen, identitätsstiftenden Sprachen“. „Sprachen bereichern das Leben“, fügte Siebels an, „wer mehr Sprachen spricht, hat mehr Zugänge zu Menschen und Kulturen“. Erneut ausgezeichnet wurden 14 bestehende plattdeutsche und eine saterfriesische Schule. Damit gibt es in Niedersachsen 44 anerkannte plattdeutsche und saterfriesische Schulen. Sie ermöglichen ihren Schülerinnen und Schülern über die Begegnung mit der Sprache hinaus, aktiv Niederdeutsch zu erlernen - im Regelunterricht, in Arbeitsgemeinschaften, Projekten oder in den Wahlpflichtkur-

sen als 2. Fremdsprache. Niederdeutsch ist an den zertifizierten Schulen Teil des Schulprogramms und ins Schulleben implementiert.



FOCKO TRAUERNICHT SEIT 50 JAHREN SPD-MITGLIED

Gleich zwei langjährige Genossen konnte der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels als stellvertretender UB- und stellvertretender SPD-Bezirksvorsitzender in einer besonderen OV-Versammlung ehren. Die Ihlower Ortsvereine Ihlowerhörn-Ostersander und Ihlowerfehn-Ludwigsdorf haben sich nämlich zum SPD-Ortsverein Ihlow Ost zusammengeschlossen; in der Gemeinde gibt es jetzt nur noch vier statt bisher fünf SPD-Gliederungen. Einstimmig wurde ein recht junger Vorstand mit dem 32-jährigen Henrik Hausner als 1. Vorsitzendem gewählt. Sein Stellvertreter wurde André Goldenstein aus Lübbertsfehn, seit zwei Jahren auch Vorsitzender des SPD-Gemeindeverbandes

Ihlow. Schriftführer wurde Dennis Meiners aus Ihlowerfehn, dessen Stellvertreter Manuel Saathoff aus Westersander. Die Kasse übernimmt Onno Köllmann aus Ihlowerfehn, sein Stellvertreter wurde Johann Börgmann, ebenfalls Ihlowerfehn. Beisitzer: Anita Biller aus Ludwigsdorf und Doris Harms aus Lübbertsfehn. Bei den Ehrungen standen Focko Trauernicht und Arnold Saathoff mit einer 50-jährigen Parteimitgliedschaft an oberster Stelle. Trauernicht war Lehrer an der HTS Ihlow. Der Sport war sein Leben. Seit über 60 Jahren ist er als Übungsleiter in verschiedenen Sparten des SV Eintracht Ihlow aktiv, außerdem im Tennis und beim Skifahren auf der Falkenhütte in Steibis.

Ebenso wie bei Arnold Saathoff waren Willy Brandt und die damalige Aufbruchsstimmung Anlass für den Parteibeitritt. Saathoff war lange gewerkschaftlich aktiv. Auch der langjährige Ratsvorsitzende und stellvertretende Bürgermeister Mettin Köllmann, der über 40 Jahre in der Partei ist, erhielt eine Ehrenurkunde. Köllmann ist daneben u.a. seit über 25 Jahren Vorsitzender des KBV Germania Lübbertsfehn. In seiner Laudatio dankte Siebels den Geehrten für ihr ehrenamtliches Engagement. „Im Grunde ist eine so lange Parteimitgliedschaft vergleichbar mit einer langen Ehe. Es gibt gute und schlechte Tage, aber am Ende ist man froh, den Weg gemeinsam zu gehen“, sagte Siebels.

WETTBEWERB „UNBEZAHLBAR UND FREIWILLIG“

Am 13. April ist die nächste Runde des Wettbewerbs „Unbezahlbar und freiwillig – Der Niedersachsenpreis für Bürgerengagement“ gestartet, initiiert von den Sparkassen in Niedersachsen, den VGH Versicherungen und der Niedersächsischen Landesregierung. Um in diesem Rahmen das freiwillige Engagement im Land besonders zu würdigen, wird in diesem Jahr bereits zum 20. Mal der Ehrenamtspreis vergeben.

Hierzu erklärt der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels (SPD), dass es Ehrenamt zum Glück in vielen gesellschaftlichen Bereichen gebe – im Sport, in Kultur und Bildung, im sozialen Bereich, in Umweltprojekten, in der Nachbarschaftshilfe ebenso wie in der Kommunalpolitik. Auch die freiwilligen Feuerwehren und die anderen Hilfsorganisationen wären ohne freiwilliges Engagement nicht denkbar – bei unseren Brandschützern stehe freiwillig ja bereits im Namen.

Ehrenamtliche, Vereine, karitative Institutionen, Initiativen und Selbsthilfegruppen aus Niedersachsen, die sich freiwillig und gemeinwohlorientiert engagieren, sind wieder zur Teilnahme am Wettbewerb eingeladen. Die Bewerbung, so berichtet der Abgeordnete, solle möglichst auf der Website www.unbezahlbarundfreiwillig.de erfolgen (alternativ schriftlich an: Niedersächsische Staatskanzlei, „Unbezahlbar und freiwillig“, Planckstraße 2, 30169

Hannover). Einsendeschluss ist der 28. Juli 2023.

Eine Bewerbung soll das Projekt oder die Maßnahme nachvollziehbar beschreiben. Sie muss folgende Informationen enthalten:

- Beschreibung des freiwilligen Engagements, Anlagen möglich,
- Darstellung der Ziele und Zielgruppe des Projektes oder der Tätigkeit,
- Startzeitpunkt des Projektes oder der Tätigkeit,
- Anzahl der beteiligten Engagierten, eventuelle Kooperationspartner sowie
- Angabe zur Finanzierung des Projektes.

Insgesamt vergibt die Jury zehn Preise im Gesamtwert von 30.000 Euro. Zusätzlich loben die oben aufgeführten Partner gemeinsam mit dem NDR einen Ehrenamtspreis aus, der mit immerhin 3.000 Euro dotiert ist. Im Finale werden sich zwischen dem 20. und 24. November 2023 fünf Initiativen der Wahl des NDR-Publikums in Hörfunk und Fernsehen stellen.

Und am 25. November 2023 werden Ministerpräsident Stephan Weil, der VGH Vorstandsvorsitzende Dr. Ulrich Knemeyer und der Präsident des Sparkassenverbandes Niedersachsen, Thomas Mang, bei der großen Abschlussveranstaltung für alle Teilnehmer des Wettbewerbs die Preise in der VGH Versicherungen an die Gewinner übergeben.



SAATHOFF: BUND UND KÜSTENLÄNDER KÄMPFEN GEMEINSAM FÜR DIE ZUKUNFT DER KRABBFISCHER

Derzeit sorgt ein von der EU-Kommission geplantes Verbot von Grundschieppnetzen in geschützten Meeresgebieten für viel Verunsicherung und große Diskussionen bei den Krabbenfishern an unserer Küste. Hierzu veröffentlichen Wir eine Stellungnahme des Bundestagsabgeordneten Johann Saathoff.

Wir Ostfriesen allgemein, die Krabbenfischer und Küstenbadeorte im besonderen sowie auch unsere Urlaubsgäste beobachten diese Diskussion um ein Verbot der Fischerei mit Grundschieppnetzen mit großer Sorge.

Mit dieser Frage haben wir uns u.a. bei unserer Seeheimer Strategieklausur in Bremerhaven beschäftigt. Für mich ist ganz klar: Wir müssen die Krabbenfischerei an unseren Küsten langfristig sichern, in dem wir diese als traditionelle Fischereiart anerkennen.

Ein pauschales EU-weites Verbot jeglicher

grundberührender Fischerei in Meereschutzgebieten würde das Aus vieler Betriebe in der Krabbenfischerei bedeuten. Wir fordern deshalb, dass sich die Bundesregierung bei den weiteren Beratungen auf EU-Ebene für einen Beschluss einsetzt, der Ausnahmen für die traditionellen Küstenfischereibetriebe zulässt. Die Krabbenfischerei gehört zu unseren Küsten und hat bei uns eine lange Historie – wir werden dafür kämpfen, dass dies auch so bleibt!

Ich habe mit unserem Europaabgeordneten Tiemo Wölken mit den zuständigen

Beamten der EU-Kommission gesprochen und deutlich gemacht, dass hier mit Kanonen auf Spatzen geschossen wird.

Natürlich gibt es Fischerei mit Grundschieppnetzen, die das Leben am Meeresboden zerstört, aber die Fischerei auf Krabben zählt eben nicht dazu. Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir setzt sich für die Krabbenfischerei und damit für Ostfriesland ein – für einen Grünen ein beachtlicher Schritt!

Bund und Küstenländer kämpfen nun also in Brüssel gemeinsam für eine Zukunft der Krabbenfischer.



WÖLKEN: EINIGKEIT EUROPAS STÄRKEN

Unter dem Motto „Niedersachsen und Europa“ hatte der SPD-Europaabgeordnete Tiemo Wölken zu einem Austausch in das Europahaus Aurich eingeladen. Gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Wiard Siebels, der die Veranstaltung moderierte, diskutierte Wölken mit den Teilnehmern über Themen wie die Zukunft der Krabbenfischerei, die Zukunft der Asyl- und Migrationspolitik der EU, der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, das europäische Lieferkettengesetz, neue

Transparenz- und Risikomanagementregeln für KI-Systeme und viele weitere Themen.

Auch das Thema Wolf wurde nicht ausgespart: Einig war man sich in der Forderung nach einem regionalen Wolfsmanagement. Weidetierhaltung und besonders auch der Schutz der Deiche hätten in Ostfriesland zu Recht einen hohen Stellenwert, und auch drohende Konflikte zwischen Wolf und Mensch müssten verhindert werden.

Aktuelles aus dem Landtag

MdL Wiard Siebels: 8,2 Mio. Euro für die Wasserwirtschaft

„Die Klimakrise stellt uns vor grundlegende Herausforderungen. In den nächsten Jahren und Jahrzehnten werden wir uns vermehrt mit Starkregen und Trockenzeiten auseinandersetzen und hierbei sowohl unsere Wasserversorgung sicherstellen als uns auch vor Überschwemmungen schützen müssen.“ sagt der Auricher Landtagsabgeordnete Wiard Siebels. In unserem vielfältigen Bundesland brauche es unterschiedliche Konzepte, die regional angepasst und durchdacht sein müssten. Es freue ihn deshalb sehr, dass das Niedersächsische Umweltministerium diese Vielfalt anerkennt und mit 8,2 Mio. Euro insgesamt 37 Projekte genau dort fördert, wo sie gebraucht werden.



„HOCH DE HANNEN, NICH GANZ DICHT!“ heißt das aktuelle Theaterstück der Wiekenspöler Lübbertsfehn. Es handelt sich dabei wieder um eine plattdeutsche Komödie in drei Akten. Die plattdeutsche Fassung stammt von Heino Buerhoop. Der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels besuchte die Truppe und dankte für ihren Einsatz für die plattdeutsche Sprache.



DEMOKRATISCHE LANDTAGSFRAKTIONEN MIT RESOLUTION GEGEN DAS UNRECHT IM IRAN

Seit September demonstriert das iranische Volk für Frauenrechte, Demokratie und Freiheit. Das repressive Mullah-Regime reagiert auf die Proteste mit brutalster Unterdrückung. Tausende Menschen wurden entführt, gefoltert und ermordet. Beinahe täglich fallen und vollstrecken die Machthaber nach Schauprozessen willkürliche Todesurteile.

„Die Lage der Menschen im Iran, insbesondere der Frauen, ist eine Schande für die ganze Welt. Diese Herrschaft des Terrors gegen das eigene Volk – gestützt auf mittelalterliche Folterkeller und eine menschenfeindliche Interpretation des Islams – kann niemals legitim sein“, sagt der Abgeordnete Wiard Siebels, Parlamentarischer

Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion. Die Protestierenden im Iran würden ihr Leben im Kampf um grundlegende Menschenrechte riskieren. Ihnen gelte unsere Solidarität.

Vor allem aber brauche es die Einstufung der sogenannten Revolutionsgarde als Terrororganisation. Diese Miliz sei das zentrale Instrument der Unterdrückung.

„Wir fordern die sofortige Freilassung aller Gefangenen und den sofortigen Stopp von Hinrichtungen durch das Mullah-Regime. Das Land Niedersachsen muss für dieses Ziel alles in seiner Macht Stehende tun“, erklärt dazu Sebastian Lechner, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.

Die drei demokratischen Landtagsfraktio-

nen haben am 26. Januar im Plenum eine entsprechende Resolution verabschiedet.

„Niemand ist frei in einem Staat, in dem Frauen nicht frei sind. Wir unterstützen die Proteste gegen die brutale Unterdrückung, indem wir den politischen und ökonomischen Druck auf die Machthaber erhöhen. Außerdem unterstützen und schützen wir Oppositionelle, Exil-Iraner und Aktivisten hier in Niedersachsen. Wir waren das erste Bundesland, das nach Beginn der Proteste sehr schnell Abschiebungen in den Iran ausgesetzt hat. Wir bieten Menschen, die aus dem Iran fliehen, eine sichere Zuflucht und ermöglichen ein Schutzprogramm für Menschenrechtsverteidiger“, so Anne Kura, Vorsitzende der Grünen-Fraktion.

SIEBELS AM EU-PROJEKTTAG IN KGS GROßEFEHN

Der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels besuchte gestern die KGS Großefehn und diskutierte mit Schülerinnen und Schülern über Europa. Anlass war der bundesweite EU-Projekttag, bei dem Politiker mit jungen Menschen über Europa ins Gespräch kommen. Die KGS Großefehn ist seit Jahren am Erasmus+-Programm beteiligt und befasst sich deshalb schon länger mit dem Thema Europa und seinen Institutionen. Schule komme bei der Vermittlung von Wissen über Europa und insbesondere die Europäische Union eine wichtige Rolle zu, betonte Siebels in Großefehn. „Daher ist der EU-Projekttag eine gute Gelegenheit, um Schülerinnen und Schülern aller Schulformen und Jahrgänge den europäischen Gedanken näherzubringen“, erklärte er. Siebels unterstrich die Bedeutung der EU für das alltägliche Leben. „Junge Menschen können sich heute in der gesamten EU ohne Schranken bewegen. Sie können reisen und dabei ohne Probleme ihr Smartphone nutzen. Sie können in Nachbarländern eine Ausbildung absol-

vieren, studieren, arbeiten und leben und werden dabei von der EU mit Programmen wie Erasmus+ unterstützt. Was uns heute normal erscheint, war noch vor wenigen Jahren alles andere als selbstverständlich“, berichtete der Abgeordnete. Sein Appell ging an die jungen Menschen, ihr Recht auf Mitgestaltung des Europas der Zukunft einzufordern. „Die Demokratie in Europa und auch die Stabilität der EU leben vom Engagement auch der jungen Menschen. Bei der Europawahl im kommenden Jahr hat es die junge Generation auch in Niedersachsen in der Hand, die EU konkret mitzugestalten. Erstmalig dürfen dann in Deutschland auch 16- und 17-Jährige ihre Stimme abgeben. Ich hoffe, dass viele diese Chance nutzen“, sagte Siebels. Anlässlich des EU-Projekttages an Schulen haben in diesen Tagen auch mehrere Landesminister die Bedeutung der Europäischen Union insbesondere für junge

Menschen unterstrichen.

Kultusministerin Julia Willie Hamburg besuchte die Realschule Himmelsthür in Hildesheim, die Ministerin für Bundes- und Europangelegenheiten und regionale Entwicklung, Wiebke Osigus, war in vier Schulen zu Gast: KGS Neustadt am Rübenberge, BBS Walsrode, BBS Wechloy bei Oldenburg und Nicolaischule in Verden und Wissenschaftsminister Falko Mohrs besuchte die Eichendorffschule in Schöningen.



Fortsetzung von Seite 1

viele von uns insbesondere am 13. Februar schmerzlich erfahren müssen, als Ver.di und der Beamtenbund dbb hatten zu einem bundesweiten Warnstreik aufgerufen, der den deutschen Flugverkehr lahmlegte, Busse und Bahnen blieben in den Depots, und auch Krankenhäuser, Kitas, Abfallbetriebe und andere öffentliche Einrichtungen waren betroffen.

Die Maßnahme war von Erfolg gekrönt. Die Tarifvertragsparteien für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen haben daraufhin am 22. April eine Einigung erzielt. Die Beschäftigten erhalten eine Entgelterhöhung von bis zu 17 Prozent.

Das zeigt, dass unser Tarifsysteem in Deutschland funktioniert. Dazu zähle ich übrigens auch den Mindestlohn, der zum 1. April für die Gesellen um 70 Cent auf 14,50 Euro und ein Jahr später um weitere 50 Cent auf dann 15 Euro ansteigt. Das ist ein Erfolg sozialdemokratischer Politik in der Person von Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil in der Berliner Ampel.

Auch in Niedersachsen ...

Wiard Siebels

WIARD SIEBELS

Niedersächsischer
Landtagsabgeordneter

**Impressum (V.i.S.d.P.):
Abgeordnetenbüro Siebels**

Dita Bontjer, Mitarbeiterin
Postfach 1701
26587 Aurich

Telefon: 04941 3387 u. 9806725
eMail: buero@wiard-siebels.de

Newsletter Layout und Redaktion:
M. Galka, Aurich

Homepage:

www.wiard-siebels.de



DER LANDTAGSABGEORDNETE WIARD SIEBELS präsentierte sich in Marienheide als Überraschungsgast beim Kohlessen der Schottjer SPD; sein Glückwunsch galt der Familie Dyhr als neue Kohlkönige. Siebels war eigentlich auf der Fahrt zum Fähranleger nach Norddeich, um an der Fraktionsklausur auf Norderney teilzunehmen.

SIEBELS: DIE ANMELDUNG VON SCHEUNENFETEN WIRD EINFACHER

Mit einer Novelle der Niedersächsischen Bauordnung können zukünftig Veranstaltungen wie Scheunenfeten einfacher durchgeführt werden. „Wir werden voraussichtlich im Juni im Landtag eine neue Bauordnung beschließen und damit das Genehmigungsverfahren für diese Veranstaltungen vereinfachen. Damit bereits ab jetzt geplant und gefeiert werden kann, hat Bauminister Olaf Lies mit einem Erlass die neuen Regularien bereits in Kraft gesetzt. Ich bin sehr froh, dass wir auf diesem Weg bereits zu Beginn der Sommer-

saison für Erleichterung sorgen“, erklärt MdL Wiard Siebels als Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion. Siebels weiter: „Vor allem im ländlichen Raum sind diese Veranstaltungen wichtiger Bestandteil des Zusammenlebens. Viele Ehrenamtliche beteiligen sich an der Ausrichtung der Feste und sorgen damit für einen lebendigen ländlichen Raum. Wir wollen die Hürden für Veranstalterinnen und Veranstalter deshalb absenken, gleichzeitig aber Sicherheitsaspekte wie den Brandschutz nicht vernachlässigen.“



EIN SELFIE, WIE ES IM BUCHE STEHT: der Bundestagsabgeordnete Johann Saathoff und der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels am Rande des Boßelns der Ostfriesischen Landschaft - ein Foto aus der Reihe „Dat moi Bild an't End van't Week“.